

DKP Saarbrücken zum Antikriegstag 2014:

Das Kriegstreiben stoppen!

Darum geht es bei diesem 1. September:

- Nein zur NATO, die ihr aggressives Wesen gerade wieder zeigt
- Nein zum Ausbau der Bundeswehr zur Armee im Kriegseinsatz
- Verbot von Kampfdrohnen
- Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel



- striktes Verbot von Rüstungsexporten
- zivile Produktion statt Rüstung („Konversion“) Arbeit schaffen ohne Waffen
- Keine Bundeswehr in Schulen, Hochschulen und Jobcentern
- Friedenserziehung statt Bundeswehrwerbung in den Saarbrücker Schulen
- Schließung des Rekrutierungsbüros am Saarbrücker Hauptbahnhof.

„Einhundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges und knapp 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wagt niemand mehr, eine dritte Auflage auszuschließen“, warnt der Völkerrechtler Norman Paech.

**„Nie wieder Krieg,
nie wieder Faschismus!“**

Diese Lehre ist 100 Jahre nach Ausbruch des 1. Weltkriegs und 75 Jahre nach dem Beginn des 2. Weltkriegs aktueller denn je. Die Welt ist in den letzten Jahrzehnten nicht friedlicher geworden. Überall, wo man hinblickt, heißt es in der Erklärung des bundesdeutschen Friedensratschlags zum Antikriegstag, „...Aufrüstung, Krieg und Zerstörung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Verfolgung von Minderheiten in vielen Staaten der Erde.“

Und die Situation in den Brennpunkten spitzt sich weiter zu. In Gaza und Israel explodieren Bomben und Raketen. Die Orte im Gazastreifen sind ein Trümmerfeld. Hunderttausende haben ihre Wohnungen verloren, selbst Krankenhäuser und Rote-Kreuz-Lazarette wurden angegriffen. Eine Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht. In der Ost-Ukraine haben bisher mehr als 2600 Menschen ihr Leben verloren. Die USA, die NATO und die EU gießen weiter Öl ins Feuer. Jetzt soll die Truppenpräsenz in den östlichen Nato-Ländern verstärkt werden und eine schnelle Eingreiftrupp entlang der Grenzen zu Russland agieren.

In immer mehr Regionen auf der Erde eskaliert die Gewalt. Im Norden des Irak, in Syrien und in vielen anderen Regionen herrscht Krieg bzw. Bürgerkrieg. Ganze Staaten wie Libyen, der Irak, Somalia zerfallen in Kriegen, fallen in die Hände divergierender politischer und religiös fanatischer Gruppen. Auch in Afghanistan hat sich nach jahrzehntelangem Krieg nichts zum Guten für die Menschen und

eine friedliche Zukunft verändert. Mehr als 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht – so viel wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.

Das ist das Resultat einer imperialistischen Politik insbesondere der USA und der EU, der es um den Zugriff auf Ressourcen, um geopolitische Vorteile und darum geht, die eigenen Interessen gegen jeden Widerstand der Völker durchzusetzen. Ihre Methoden sind militärische Gewalt, Erpressung, von außen gesteuerte Regimewechsel, rücksichtslose Ausnutzung von religiösen und nationalen Differenzen für die eigenen Interessen. Dieser „Kriseninterventionismus“ hinterlässt, überall wo er zum Einsatz kommt, verbrannte Erde.

Auch Deutschland spielt seit dem Jugoslawienkrieg 1999 bei diesem Spiel aktiv mit. Es soll laut Gauck noch „mehr Verantwortung“ übernehmen. Dieser Bundespräsident nutzt ausgerechnet den Antikriegstag, um unter Missbrauch seines Amtes das antirussische Feindbild zu propagieren und unter der Bevölkerung dafür die „geistig-moralische“ Aufrüstung zu betreiben.

Doch „Frieden schaffen ohne Waffen“ verträgt sich schlecht mit der Politik eines Landes, das als drittgrößter Waffenexporteur gilt. Deutsche Waffen sind auf allen Schlachtfeldern im Einsatz: Gewehre von Heckler & Koch, Leopard 2 Panzer von Krauss-Maffei, Fuchsschützenpanzer von Rheinmetall, Minen und Streubomben der Rüstungsschmiede Diehl im Nordsaarland. Die US-Regierung verlangt schon seit langem von den europäischen „Partner“ noch mehr Aufrüstung. Das zunehmende Säbelrasseln ist Begleitmusik für die Rüstungslobbyisten aller Art zur Sicherung ihrer Profite.

Die Mehrheit der Menschen im Land ist gegen Krieg und Kriegsbeteiligung der Bundeswehr und gegen Waffenexporte.

In den europäischen Ländern gehen Menschen mit der Forderung nach Abrüstung gegen Schuldenpolitik und Sparzwang auf die Straße. Gerade vor dem Hintergrund der widersprüchlichen Lage in der Ukraine und des Widerstands in Teilen der Bevölkerung gegen das Kiewer Regime mehrten sich über die Friedensbewegung hinaus die Stimmen für eine Politik der Vernunft und des Realismus, eine Politik des Ausgleichs der Interessen.

Stoppt das Kriegstreiben und Säbelrasseln!

Wir sagen „Nein! Nicht in unserem Namen!“

Frieden schaffen ohne Waffen!

DKP Saarbrücken

Infobox

Ich will:

- 0 mehr Infos über die DKP
- 0 ein kostenloses Probeabo der uz-Zeitung der DKP
- 0 zu Veranstaltungen eingeladen werden

Vorname:

Name:

Anschrift:.....
.....

E-Mail:

Ausfüllen und absenden an:
DKP Saarbrücken, Sittersweg 83, 66113
Saarbrücken, dkp-saarland@arcor.de



www.dkp-saarlad.de Deutsche Kommunistische Partei